



*Gott liebt die Fremden und behütet sie (Psalm 146, 9)  
- und wir begegnen in ihnen Gott selbst (Matthäus 25, 31ff.)*

OFFENER ÖKUMENISCHER BRIEF AN DIE  
ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG UND DIE  
LANDESHAUPTLEUTEKONFERENZ

Anmerkungen und Forderungen von Vertretern christlicher Kirchen und Einrichtungen in Vorarlberg zur Flüchtlingsthematik anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni 2016 und der täglichen Tragödien im Mittelmeer

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Kern,  
sehr geehrte Landeshauptleute,  
sehr geehrte Regierungsmitglieder,

seit Monaten fliehen hunderttausende Menschen nach Europa, das darüber hinaus - auch wir in Österreich - eine Debatte über die Ursachen von Flucht und den Umgang mit Menschen auf der Flucht erlebt. Viele Menschen, haupt- wie ehrenamtlich tätig, haben in den vergangenen Monaten sehr engagiert in der Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen Unterstützungsarbeit geleistet - denen gilt großer Dank!

Es wurden - und werden - auch berechtigte Fragen gestellt:

Wie soll das weitergehen? Wie können wir in Europa - und somit auch in Österreich - damit umgehen, dass Millionen von Menschen hierher kommen wollen? Zerbricht Europa an dieser großen Herausforderung? Können wir die große Zahl an Flüchtlingen aufnehmen und integrieren?

Rechtspopulistische Demagogen in ganz Europa - und somit auch in Österreich - wittern die Chance, diese Situation zum Stimmenfang für ihre Ideen zu nützen, indem sie zur Lösung komplexer Fragen einfache Rezepte anbieten.



Dabei werden die Hauptgründe, warum so viele Menschen gegenwärtig ihre Heimat verlassen und anderswo Zuflucht suchen, gerne außer Acht gelassen:

- kriegerische Auseinandersetzungen (teils jahrelang)
- Verfolgung aus ethnischen/religiösen Gründen
- Nahrungsmittelmangel infolge von Dürren und Wasserknappheit, die wiederum mit dem weltweiten Klimawandel zusammenhängen.

Während Europa - und somit auch Österreich - durch Waffenlieferungen in Krisengebiete, Unterstützung menschenrechtsverletzender Regime, durch seine Agrar- und Fischereipolitik sowie durch die Forcierung des Klimawandels durch CO<sub>2</sub>- Ausstoß erheblich zu den Ursachen von Flucht/Migration beigetragen hat (und beiträgt), ist sein Beitrag im Blick auf die weltweite Flüchtlingsfrage ‚äußerst dezent‘: es dominiert der Gedanke der Wohlstandssicherung - um (fast) jeden Preis!

Konkret stellen wir (uns) folgende Fragen:

Inwieweit haben nicht nur die USA, Russland und die Länder der Europäischen Union - und somit auch Österreich - an den Waffenexporten an frühere Regierungen dieser Länder/dieser Regionen kräftig verdient (und tun dies immer noch) und tragen dadurch eine (Mit-) Verantwortung dafür, dass sich jetzt so viele Menschen auf der Flucht befinden?

Was haben wir infolge ungerechter, euro-zentrierter Wirtschaftspolitik, durch die die wirtschaftliche Situation in diesen Ländern zerstört wurde, zur Verschärfung der Situation beigetragen?

Haben wir nicht zudem seit Jahrhunderten durch unfaire Wirtschaftsbeziehungen diese Länder ausgebeutet und unterdrückt?

Haben nicht auch wir viel zum Klimawandel beigetragen, unter dem jetzt die Ärmsten der Armen am meisten zu leiden haben und der Millionen Menschen zur Flucht zwingt?

Wenn Menschen, denen jegliche Lebensgrundlage genommen wurde, fliehen, um wenigstens ihr eigenes und das Leben ihrer Angehörigen zu retten, dann sollten wir versuchen, uns in ihre verzweifelte Lage hineinzudenken und die Gründe für ihre Entscheidung zu verstehen anstatt sie „Wirtschaftsflüchtlinge“ zu nennen und ihnen zu sagen: „Für euch haben wir keinen Platz!“

Ansonsten verrät Europa - und mit ihm auch Österreich - seine besten humanitären Traditionen: das Bekenntnis zur Universalität von Menschenwürde und Menschenrechten, zu Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Und diese Missachtung wiederum untergräbt nicht nur die Glaubwürdigkeit Europas - und somit Österreichs - in der Welt, sondern stellt auch eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben auf der Erde dar.



Mit dieser Erklärung distanzieren wir uns von jeglicher Form der Hetze, der Vorverurteilung und Missachtung der Menschenwürde wie sie in Begriffen wie ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘, ‚Flüchtlingswelle‘, ‚Überschwemmung‘ zum Ausdruck kommen und rufen zu einer - auch verbalen - Abrüstung auf!

Darüber hinaus stellen wir - im Bewusstsein, dass wir teilweise ebenso Schuld an der verzweifelten Situation vieler Flüchtlinge tragen - folgenden Forderungskatalog an die Österreichische Bundesregierung:

1. Wir erwarten eine menschliche Behandlung aller flüchtenden Menschen, unabhängig davon, ob Sie gemäß internationalem Recht ein Anrecht auf Asyl haben oder nicht!
2. Wir wollen nicht in einer „Festung Europa“ leben, wo Grenzen mit Waffengewalt und Stacheldraht gegenüber Schutzsuchenden „dichtgemacht“ werden! Als eines der reichsten Länder der Welt hat auch Österreich die Kapazitäten, viele schutzsuchende Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Ein „Notstand“ ist bei uns in keinster Weise erreicht - auch wenn uns das viele fälschlicherweise glauben machen wollen!
3. Wir treten ein für eine an der Menschenwürde und den Menschenrechten orientierten Asyl- und Einwanderungspolitik und halten gegen alle restriktiv-menschenverachtenden Positionen und Personen in der Diskussion um eine europäische Flüchtlingspolitik fest: Europa ist ein Einwanderungskontinent!
4. Die wirtschaftlichen Interessen Europas sind zu sehr auf die Abschottung des europäischen Marktes gegenüber ärmeren Ländern und die Wahrung der eigenen Interessen fokussiert. Wir fordern den Einsatz der österreichischen Bundesregierung auf EU-Ebene für eine gemeinsame, von Fairness und dem Prinzip der Augenhöhe getragenen Wirtschafts- und Außenpolitik, die auch anderen Ländern außerhalb der EU Entwicklungsperspektiven ermöglicht!
5. Wir halten das ausgehandelte Flüchtlings-Abkommen zwischen der EU und der Türkei für äußerst bedenklich. Die Probleme werden nicht gelöst, sondern verlagert: Massive Menschenrechtsverletzungen (wie z.B. die Abschiebung von syrischen Kriegsflüchtlingen zurück in das Kriegsland) wie auch die politische Einflussnahme auf demokratische Grundprinzipien (z.B. Meinungs- und Pressefreiheit) machen die Türkei als Partner für eine dauerhafte Lösung in der Flüchtlingsfrage mehr als fragwürdig.
6. Wir befürchten, dass durch die geplanten „Rückführungsaktionen“, die im Rahmen dieses Deals ausgehandelt wurden, für die betroffenen Menschen unnötiges Leid vergrößert wird. Zur Beendigung humanitärer Katastrophen in den Grenzgebieten zur europäischen Union (besonders im Mittelmeer!) fordern wir daher ein entschlossenes Auftreten der österreichischen Bundesregierung auf der EU-Ebene.



7. Es braucht massive Anstrengungen, um ein europäisches Aufnahme- und Verteilsystem in Gang zu setzen, sowie legale Wege, um Flüchtlinge nicht auf gefährliche Schlepperrouten zu zwingen. Vorschläge wie das Abfangen und Zurückschicken von Flüchtlingen auf offener See oder deren Internierung auf einzelnen vorgelagerten Inseln sind aus humanitärer und menschenrechtlicher Sicht abzulehnen. Wir fordern den Einsatz der Bundesregierung für die Einrichtung sicherer humanitärer Korridore für Flüchtlinge von den Hotspots der EU-Außengrenzen nach Europa sowie eine gerechte Verteilung der Schutzsuchenden innerhalb Europas!

8. Es braucht dringender denn je finanzkräftige Hilfe seitens der EU für die Nachbarländer Syriens, in denen es nicht nur um das blanke Überleben geht, sondern wo Menschen auch konkrete Perspektiven wie z.B. Bildung und Jobaussichten brauchen, damit sie bleiben können.

9. Zudem fordern wir die Bundesregierung auf, endlich der Verpflichtung der Zahlung von 0,7% des BNPs für die Entwicklungshilfe nachzukommen. Es ist beschämend für ein so reiches Land wie Österreich, dass das Land hier nach wie vor säumig ist!

10. Wir fordern die österreichische Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche Waffenlieferungen, auch an benachbarte, vermeintlich unbeteiligte Staaten in der Region (wie z.B. Saudi-Arabien) unverzüglich eingestellt werden! Wir fordern eine strikte Kontrolle (und ggf. deutliche Verschärfung) der bestehenden rechtlichen Standards in Österreich bzgl. des Exports von Waffen, Waffenbestandteilen und Kriegsgerät und fordern die Bundesregierung auf, sich in dieser Richtung auch auf europäischer bzw. internationaler Ebene einzusetzen!

Pfr. Mag. Ralf Stoffers,                      Evangelische Gemeinde Bregenz

Bischof Johannes Okoro,                    Altkatholische Kirche

Pfr. Nicola Balovic,                         Serbisch-Orthodoxe Kirche Feldkirch

Msgr. Eugen Giselbrecht,                 Katholische Kirche Vorarlberg

Dr. Michael Willam,                         EthikCenter der Katholischen Kirche Vorarlberg